

Sie will Solidarität vorleben

Kantonsratspräsidentin Vroni Thalmann (48) aus Flühl, die in der Juni-Session zur höchsten Luzernerin gewählte SVP-Politikerin, hat gestern in ihrer Antrittsrede die Wichtigkeit der Solidarität betont. Seit ihrem Einstieg in die Politik im Jahr 2004 – Thalmann ist auch Sozialvorsteherin ihrer Wohngemeinde – heisse ihr Slogan schlicht «Gäh und Näh». Diese Solidarität müsse aber auch vorgelebt werden.

Genauso wichtig wie die Solidarität sei die Glaubwürdigkeit. «Wenn einer sagt, was er tut, und tut, was er sagt, ist er glaubwürdig», sagte die Entlebucher Bäuerin. Das heisse auch, den Mut zu haben, unpopuläre Entscheide zu treffen. Ein Nein sei viel schwieriger zu vertreten als ein Ja, sagte Thalmann – ohne konkrete Beispiele zu nennen. Die bei den Nationalratswahlen im Herbst 2015 nur knapp gescheiterte SVP-Frau unterliess es, in ihrer Rede auch nur den Hauch eines Anscheins von Parteipolitik zu erwecken.

Thalmann lanciert ein öffentliches Archiv

Thalmann bezeichnete ihr Amt als ein anspruchsvolles, das neben viel Würde auch Bürde mit sich bringe. Ihr gefalle jedoch die Volksnähe, und das werde sie dokumentieren. Auf www.fluehli-info.ch werde sie alle besuchten Anlässe auflisten, so entstehe ein öffentliches Archiv. (nus)

Fünf Jungparteien gegen Initiative

Fremdsprachen Die kantonalen Jungparteien JCVP, Juso, Junge Grüne, Junge Grünliberale und die Jungfreisinnigen lehnen die kantonale Fremdsprachen-Initiative «Eine Fremdsprache auf der Primarstufe» ab, welche am 24. September zur Abstimmung kommt. Sie haben sich deswegen am vergangenen Samstag zu einem gemeinsamen Komitee konstituiert, wie es in einer Mitteilung heisst. Fremdsprachenkenntnisse seien in der heutigen Zeit unabdingbar. Zudem: Je früher man mit dem Erwerb einer Fremdsprache beginne, desto besser seien die Resultate, so das Komitee.

Falls die Initiative angenommen wird, würde Englisch künftig erst in der Oberstufe unterrichtet, nicht mehr in der Primarstufe. Dies hat der Luzerner Regierungsrat in der Abstimmungsbotschaft festgehalten (Ausgabe vom 22. August). (red)

Verzeichnis der Strassen bereinigt

Escholzmatt-Marbach Die Gemeinde Escholzmatt-Marbach hat in Zusammenarbeit mit der Dienststelle Landwirtschaft und Wald das Strassenverzeichnis überarbeitet und bereinigt. Die bisherigen Pläne und dazugehörigen Strassenverzeichnisse stammen aus den Jahren 2011 (Escholzmatt) und 2007 (Marbach), teilt die Gemeinde mit. Sie müssen aufgrund der Gemeindefusion zusammengeführt werden. Zudem wird festgelegt, welche Güterstrassen als öffentliche Strassen gelten. Das Verzeichnis liegt ab heute auf der Gemeindeverwaltung öffentlich auf. (red)

Kein Geld für günstige Wohnungen

Volksinitiative Der Luzerner Kantonsrat folgt der Regierung und lehnt die Förderung von gemeinnützigem Wohnungsbau ab. Das letzte Wort zu einer entsprechenden Initiative der SP hat das Volk.

Lukas Nussbaumer
lukas.nussbaumer@luzernerzeitung.ch

Die SP-Initiative «Zahlbares Wohnen für alle» fand gestern Morgen vor dem Luzerner Kantonsrat keine Gnade. Das Parlament lehnte das im Frühjahr 2016 zu Stande gekommene Volksbegehren mit 88 zu 23 Stimmen klar ab. Neben der SP sprachen sich nur noch die Grünen für die Initiative aus. Alle anderen Fraktionen lehnten das Begehren ab.

Die SP verlangt mit ihrer Initiative, dass kantonale Liegenschaften zu tragbaren Bedingungen an Gemeinden oder gemeinnützige Bauträger verkauft oder im Baurecht abgegeben werden. Ausserdem sieht sie für Gemeinden ein Vorkaufsrecht für kantonale Grundstücke vor. Als Finanzierungsmodell wird ein neu zu äufnender kantonaler Fonds vorgeschlagen. Dieser würde gespeist mit mindestens 0,1 Promille der bei der Gebäudeversicherung Luzern versicherten

Versicherungswerte. Das wären im Moment jährlich rund 11 Millionen Franken. Eine etwas weiter gehende Initiative des Mieterverbands wurde von den Luzerner Stimmbürgern 2009 abgelehnt.

Die Regierung lehnte das Begehren der Sozialdemokraten bereits im Mai dieses Jahres ab – mit vier Argumenten und ohne einen Gegenvorschlag zu machen. So sei das vorgeschlagene Finanzierungsmodell ungewiss, die Wohnbauförderung Gemeindefache, der Wohnungsmarkt im Lot und der gemeinnützige Wohnungsbau werde bereits heute durch Wohnbaugenossenschaften gefördert.

Die Kommission für Gesundheit, Arbeit und Soziales, präsiert vom Emmer SVP-Kantonsrat Urs Dickerhof, schloss sich dieser Haltung an.

Bürgerliche: «Initiative unnötig, Timing schlecht»

An die Argumentation der Regierung und der vorberatenden Kommission hielten sich gestern

auch die Fraktionen von CVP, SVP, FDP und GLP. So sagte CVP-Sprecherin Marlis Roos Willi (Menzna), die Initiative sei «unnötig und wirkungslos». Die CVP spreche sich deshalb einstimmig gegen die Initiative aus. Ins gleiche Horn stiess SVP-Sprecher Armin Hartmann (Schlierbach).

«Für viele Luzerner ist die Suche nach einer zahlbaren Wohnung ein ernsthaftes Problem.»

Yvonne Zemp Baumgartner
SP-Kantonsrätin, Sursee

Der Wohnungsmarkt habe sich entspannt, das Timing der Initiative sei deshalb «schlecht». Helen Schurtenberger (FDP, Menznau) konnte sich mit dieser Argumentation anfreunden – und brachte einen weiteren Kritikpunkt, formuliert als Frage, an: «Wie soll der Kanton in seiner jetzigen finanziellen Situation diesen Fonds denn stemmen?» GLP-Sprecher Markus Baumann (Luzern) betonte, Wohnbauförderung sei «eine Sache der Gemeinden».

Fehlendes Bauland als grösstes Problem

Die Votanten der SP und der Grünen dagegen fanden, Wohnbauförderung sei eine Aufgabe aller drei Staatsebenen, also von Bund, Kanton und Gemeinden, wie Michael Töngi (Grüne, Kriens) sagte. Schliesslich habe der Anteil des gemeinnützigen Wohnungsbaus am gesamten Wohnungsbau in den letzten 20 Jahren abgenommen, so Töngi

weiter. Deshalb sei die Suche nach einer bezahlbaren Wohnung «für viele Luzernerinnen und Luzerner ein ernsthaftes Problem», sagte SP-Sprecherin Yvonne Zemp Baumgartner (Sursee). Eine Feststellung, die Christina Reusser (Grüne, Ebikon) unterstützte. «Für Familien, ältere Menschen und Behinderte hat es im Kanton Luzern zu wenig zahlbare Wohnungen.» Grösstes Problem für die Wohnbaugenossenschaften sei das fehlende Bauland, so Reusser. Sie stellte denn auch den Antrag, die Regierung solle einen Gegenvorschlag zur Initiative ausarbeiten, der ein Vorkaufsrecht für Gemeinden beinhalten sollte. Das Parlament wollte davon jedoch nichts wissen und lehnte den Antrag Reussers mit 83 zu 24 Stimmen ab, auch auf Anraten von Finanzdirektor Marcel Schwerzmann hin.

Wann die Luzernerinnen und Luzerner über die Initiative der SP abstimmen können, steht noch nicht fest.

Nasser Protest zum Sessionsauftakt

Widerstand Verschiedene Gruppierungen haben gestern kreativ gegen die kantonalen Sparmassnahmen demonstriert. Man wollte bei den Politikern nochmals «nachklingeln».



Nasse Kleider: Kantonsräte treffen beim Regierungsgebäude auf die Protestinstallation.

Bild: Corinne Glanzmann (Luzern, 11. September 2017)

Es war eine stille Szene, welche die Kantonsräte am Montagmorgen vor dem Regierungsgebäude in Luzern erlebten. Um die 120 Personen, alle schwarz gekleidet und zuvor bei der Reuss mit einem Kübel kalten Wassers übergossen, standen vor dem Gebäude, in welchem gestern über das Budget des Kantons Luzern diskutiert wurde. Die nasen, schwarzen Gestalten protestierten leise: keine Schlachtrufe, keine Transparente wie an der Landsgemeinde vom Freitag (wir berichteten).

Als die Kantonsräte gegen 12 Uhr zur Mittagspause das Regierungsgebäude wieder verliessen, waren nur noch die nassen Kleider zu sehen – verteilt am

Boden, aufgehängt an Türen und Fenstern. Die Reaktionen fielen dabei unterschiedlich aus. Die einen marschierten schnurstracks über die Kleider zum nächsten Termin, andere begutachteten die Szenerie und fragten sich, wo all die Leute vom Morgen hin sind. «Die Stille wirkt noch viel mehr als der Lärm», sagte etwa Kantonsrätin Sara Agner (SP, Dagmersellen). «Es war eindrücklich. Ein starkes Zeichen an uns Politiker und Politikerinnen.»

Politiker sollen sich mit Bild auseinandersetzen

Zusammen mit der Luzerner Allianz für Lebensqualität wollte die IG Kultur beim Kantonsparlament noch einmal «nachklingeln» und ihnen ein starkes Bild geben, mit dem sie sich auseinandersetzen sollen, sagt Eva Laniado, Geschäftsleiterin IG Kultur Luzern. «Bisher waren wir laut, nun demonstrieren wir leise und hoffen, dass dies Wirkung zeigt», sagt sie. Wie die Vorführung genau zu interpretieren ist, lässt Laniado offen. «Die Interpretation liegt beim Betrachter», sagt sie, gibt aber einen Denkanstoss: «Wenn es so weitergeht, dann sind die Kulturschaffenden wohl auch bald weg. Was bleibt, sind die leeren Hüllen, wie sie vor dem Regierungsgebäude zu sehen waren.» Ziel sei es, die Leute zum Nachdenken zu bringen und direkt vor der Session nochmals an ihre Aufgabe zu erinnern: für

die Bürgerinnen und Bürger die richtigen Entscheidungen zu treffen, so die Geschäftsleiterin.

Bereits im Vorfeld wurde den Politikern ein Video mit Botschaften der Bevölkerung zugestellt, welches an der Landsgemeinde aufgenommen worden war. Die Reaktionen darauf seien unterschiedlich ausgefallen. Eva Laniado: «Dass nicht alle positiv reagieren würden war klar. Aber jede Reaktion ist willkommen.»

Martina Odermatt
martina.odermatt@luzernerzeitung.ch

WWW.

Mehr Bilder und ein Video unter: luzernerzeitung.ch/bonus

Sprüche des Tages

«Sehen Sie ein, dass die Tiefsteuerstrategie gescheitert ist.»

Mit diesen Worten wandte sich SP-Kantonsrat **Michael Ledergerber** an die Kollegen aus dem bürgerlichen Lager. Erfolglos.

«Die Luzerner Bevölkerung hat die Tiefsteuerstrategie mehrfach bestätigt.»

So antwortete CVP-Sprecherin **Yvonne Hunkeler** dem Kollegen aus der SP – und rieb ihm unter die Nase, dass das Volk höhere Unternehmenssteuern vor Jahresfrist abgelehnt hatte.

«Es gibt auch Konsequenzen für all jene, die ein Rotlicht überfahren.»

Für Finanzdirektor **Marcel Schwerzmann** braucht es eine strenge Schuldenbremse. Die grosse Mehrheit des Kantonsrats war gleicher Meinung.

«Der Kanton Luzern wird gegen die Wand gefahren.»

SP-Kantonsrat **Giorgio Pardini** wählte in der Debatte über die Schuldenbremse drastische Worte.

«Am besten ist ein Abstand von zehn Zentimetern zum Mikrofon.»

Kantonsratspräsidentin **Vroni Thalmann** (SVP) erklärt ihrem Parteikollegen, Gerichtspräsident **Markus Wiegand**, wie dieser am besten gehört wird.